

Bittere Nebenwirkungen Land nimmt Schließung der Uni Lübeck bei Sparkurs in Kauf

Von Nicola Kabel

Kiel/Lübeck. Risiken und Nebenwirkungen: Schwarz-Gelb in Kiel will das Medizinstudium in Lübeck streichen und nimmt dabei das Aus der gesamten Uni in Kauf. Das geht zumindest aus einem internen Papier des Wissenschaftsministeriums hervor. Dies sei ein "Worst-Case-Szenario", rechtfertigte ein Sprecher. FDP-Fraktionschef Wolfgang Kubicki erklärte, die Risiken seien als gering und beherrschbar eingestuft worden. Studenten und Oppositionsvertreter fühlen sich getäuscht.

In dem Papier, eine Arbeitsgrundlage für die Sparbeschlüsse, werden die Alternativen für Kürzungen in der Hochschulmedizin im Norden verglichen. Für ein Ende der Lübecker Medizin-Ausbildung spreche, "dass der Campus Lübeck leichter zu veräußern ist als der Campus Kiel." Denn: Der bauliche Zustand der Lübecker Uni ist deutlich besser.

Zu den Risiken heißt es in dem Papier: "Die Universität ist nach Schließung des Fachbereichs Medizin in Lübeck nicht überlebensfähig." Fast alle übrigen Studiengänge seien eng mit der Medizin verzahnt und bedürften deren Inputs. Mache die Uni dicht, stünde auch die Arbeit der Fraunhofer-Projektgruppe für Marine Biotechnologie vor dem Aus.

Offiziell setzt die Koalition aber auf eine Stärkung der Uni im mathematisch-naturwissenschaftlichen Bereich. Wissenschaftsminister Jost de Jager (CDU) bekräftigte frühere Aussagen. Er habe keine Zweifel daran, dass das Fraunhofer-Institut komme.

Finanzminister Rainer Wiegard, Vorsitzender der Haushaltsstrukturkommission, sagte, ein Worst-Case-Szenario dürfe nicht als Fakt dargestellt werden. "Selbstverständlich werden Gespräche geführt, wie die Uni ohne Medizin-

Studiengang erhalten bleiben kann." Die Schließung der gesamten Universität sei nicht beabsichtigt.

Oppositionspolitiker warfen der Landesregierung Unehrlichkeit vor. "Erst wurde die Politik hinter verschlossenen Türen ausgekungelt und dann wird versucht, die Menschen für dumm zu verkaufen und die wahren Konsequenzen zu verheimlichen", wettete SSW-Fraktionschefin Anke Spoorendonk. In dasselbe Rohr bliesen die Grünen. Die SPD forderte die Regierung auf, absehbare Folgen der Hochschulpläne offenzulegen. Lübecker Studentenvertreter, die über das Papier zuerst berichtet hatten, titelten "Enttarnte Lüge".

Das Sparpaket, dessen bisheriger Fassung beide Fraktionen zugestimmt hatten, soll im Dezember beschlossen werden.